



## Konflikte und Krisen

# Brasilien: Gegen Gewalt: bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen 2019-2021



### Die Situation

Häusliche Gewalt, Drogenkonsum und gewalttätige Tötungen von Jugendlichen sind in den letzten zehn Jahren vor allem im Norden und Nordosten Brasiliens stark angestiegen. Stark betroffen sind die Menschen in den Favelas, den Slumvierteln. Eine sich verschlechternde Versorgungslage erhöht das Risiko verschiedener Formen von Gewalt. Während der Zugang zu Waffen in den letzten Jahren erleichtert wurde, hat sich die Grundversorgung verschlechtert: Die Budgets der nationalen Regierung für eine Reihe von sozialpolitischen Programmen sind stark reduziert worden, darunter Hilfen zur Förderung von Kinder- und Jugendrechten. Eine ablehnende Haltung der Regierung gegenüber Organisationen, die sich für Menschenrechte einsetzen, erschwert gewaltpräventive Arbeit in Schulen und Gemeinden.



Das Projekt wird mit Mitteln des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert

### Das Projekt

Das Projekt zielt darauf ab, gemeinsam mit den Projektpartnern *Serviço Pastoral dos Migrantes*, *Grupo Adolescer* sowie *Grupo Ruas e Pracas* in den urbanen Großräumen Recife und João Pessoa einen Beitrag zur Verminderung von Gewalt von und gegen Jugendliche zu leisten.

In zwei von Gewalt stark betroffenen Stadtteilen, Santo Amaro in Recife und Bayeux im Großraum João Pessoa, wird die Schulsozialarbeit gestärkt und Beteiligungsprozesse für Initiativen von Jugendlichen und Führungspersonlichkeiten ermöglicht. Zudem werden Anlaufstellen für Menschen mit Gewalterfahrungen aufgebaut und Zentren für Konfliktmediation auf Stadtebene gestärkt. Weiterbildungsseminare und Austauschtreffen zielen auf Professionalisierung und Vernetzung relevanter Akteure, um lokale und in der Praxis erprobte Ansätze der Gewaltprävention auf einer höheren Ebene zu verankern. Nichtregierungsorganisationen, Jugendgruppen, Universitäten, Unternehmen sowie Einzelhändler und staatliche Einrichtungen nehmen an der Entwicklung weiterer Lösungsansätze aktiv teil. Sie leisten einen Beitrag, um den politischen Willen zur Schaffung langfristiger Strukturen der Gewaltprävention und Gewaltbekämpfung zu stärken.

In den Zentren für Konfliktmediation werden 3.000 Personen mit Gewalterfahrung beraten. 2.400 Schüler\_innen, die mit erhöhten Gewaltrisiken leben, werden angesprochen. 50 Mediator\_innen sind im Einsatz. Perspektivisch werden Beschwerdemechanismen fest etabliert und Hilfsangebote von den Begünstigten in Anspruch genommen. Ministerien und städtische Dezernate im Bereich der Bildung, der Menschenrechte, der öffentlichen Sicherheit und der Jugendarbeit sowie staatliche Anlaufstellen der Sozialarbeit werden in den Prozess eingebunden.

Projektnummer: P.233-003/004/005/2018